

# Veranstaltungs- programm

**P 17/4499/19**

## TRENNUNG DER KOMPLEXLEISTUNG EINGLIEDERUNGSHILFE IN FACHLEISTUNGEN UND EXISTENZSICHERNDE LEISTUNGEN

**18.03.2018, 14.00 Uhr bis 20.03.2018, 13.00 Uhr**  
**Holiday Inn Berlin City West, Rohrdamm 80, 13629 Berlin**

### REFERENTINNEN/REFERENTEN

Dr. Dirk Jacobi, BMAS, Referat Vb1, Grundsatzfragen der Sozialhilfe,  
Lebensunterhaltsleistungen

Annett Löwe, wiss.Referentin im Projekt Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz

Simon Odenwald, CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Andreas Seeger, CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Antje Welke, Abteilungsleiterin "Konzepte und Recht", Bundesvereinigung Lebenshilfe

### LEITUNG

Annett Löwe (Projekt *Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz*)

### INHALT

Menschen mit Behinderungen, die in den bisherigen stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben, erhalten derzeit eine Komplexleistung, in die existenzsichernde Leistungen wie Wohnen und Ernährung (in pauschalierter Form) ebenso einfließen, wie die eigentlichen Fachleistungen der Eingliederungshilfe.

Die ab dem 01.01.2020 erforderliche Trennung dieser Komplexleistung in ihre Einzelbestandteile stellt Leistungsträger wie Leistungserbringer, aber auch Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen vor große Herausforderungen. In einem ersten Schritt müssen nun Leistungserbringer herausfinden, welcher Anteil der für den Betrieb ihrer Einrichtungen entstehenden Kosten tatsächlich für die Erbringung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe entfällt und wel-

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutscher Verein für  
öffentliche und private  
Fürsorge e.V.

cher Anteil der Existenzsicherung dient. Ferner müssen die Akteure zur Vorbereitung der Landesrahmenverträge, sowie der neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen bestimmen, welche konkreten Fachleistungsbedarfe bestehen und auf welche Weise diese künftig angeboten und finanziert werden sollen.

## ZIELE

Neben den drei Empfehlungen auf Bundesebene, die zur Trennung von Fach- und existenzsichernden Leistungen bislang erarbeitet wurden, gibt es eine Reihe von Einzelproblemen, die bei der Umsetzung des Systemwechsels zu bedenken und vorzubereiten sind. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewinnen einen Überblick über das Thema in seiner Gesamtheit und haben Gelegenheit, zum gegenseitigen Austausch über verschiedene Lösungsansätze.

## ZIELGRUPPEN

Die Veranstaltung richtet sich an Mitarbeiter/innen von (zukünftigen) Trägern der Eingliederungshilfe, sowie an Leistungserbringer und Vertreter der „maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung i.S.d. § 131 Abs. 2 SGB IX.

## PROGRAMMVERLAUF

### MONTAG, 18.03.2019

Uhrzeit	Programmpunkt
13.00	Mittagsimbiss
14.00	Begrüßung und Einführung in die Tagung <i>Annett Löwe, Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</i>
14.15	Das Bundesteilhabegesetz im Überblick <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wesentliche Rechtsänderungen des BTHG</li> <li>• Umsetzungsstand des in den Bundesländern</li> <li>• Vorstellung des Projekts „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</li> </ul> <i>Annett Löwe, Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</i>
14.30	Die Empfehlung der AG Personenzentrierung vom 28.06.2018, Antje Welke, Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
15.15	Moderierte Diskussion im Plenum
16.00	Kaffeepause
16.30	Existenzsichernde Leistungen außerhalb der Kosten der Unterkunft Dr. Dirk Jacobi <i>BMAS Referat Vb1</i>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutscher Verein für  
öffentliche und private  
Fürsorge e.V.

17.15	<i>Moderierte Diskussion im Plenu</i>
18.00	Ausblick auf den zweiten Veranstaltungstag <i>Annett Löwe, Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</i>
18.15	<b>Abendessen</b>

## DIENSTAG, 19.03.2019

Uhrzeit	Programmpunkt
09.00	Einführung in den Tag Vorstellung der Arbeitsgruppen (Schreibgespräch) <i>Annett Löwe, Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</i>
09.15	Arbeitsgruppen als Schreibgespräche AG 1 – Kosten der Unterkunft und kalkulatorische Miete  AG 2 – Regelbedarf außerhalb der KdU  AG 3 – BTHG-Umsetzung als Projektmanagement-Aufgabe
11.30	<b>Kaffeepause</b>
12.00	Fortsetzung der Arbeitsgruppenphase
13.00	<b>Mittagessen</b>
14.00	Fortsetzung der Arbeitsgruppenphase
16.00	<b>Kaffeepause</b>
16.30	Präsentation und Diskussion der Schreibgespräche im Plenum
17.30	Galerierundgang zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen (oder Zusammenfassung im Plenum)
18.00	<b>Abendessen</b>

## MITTWOCH, 20.03.2019

Uhrzeit	Programmpunkt
09.00	Einführung in den Tag <i>und Annett Löwe, Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“</i>
09.05	Das BTHG und steuerrechtliche Fragen Input und Diskussion im Plenum

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutscher Verein für  
öffentliche und private  
Fürsorge e.V.

---

	Andreas Seeger
10.00	Betriebswirtschaftliche Fragen, Organisation, Projektmanagement Input und Diskussion im Plenum Simon Odenwald
11.00	<b>Kaffeepause</b>
11.30	Vorstellung eines Fahrplans bis zum Inkrafttreten der Reformstufe 2020 - was ist für welchen Akteur bis zum 01.01.2020 zu tun? Andreas Seeger, Simon Odenwald
12.30	<b>Mittagessen und Ende der Veranstaltung</b>

---

## VERANSTALTUNGSORT

Holiday Inn Berlin City West  
Rohrdamm 80  
13629 Berlin

## KONTAKT *(fachliche Fragen)*

Annett Löwe (Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“)  
Telefon: 030 62980-519  
[loewe@umsetzungsbegleitung-bthg.de](mailto:loewe@umsetzungsbegleitung-bthg.de)

## KONTAKT *(organisatorische Fragen)*

John Richter  
Telefon: 030 62980-606  
[j.richter@deutscher-verein.de](mailto:j.richter@deutscher-verein.de)

## VERANSTALTER

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Michaelkirchstr. 17/18, D-10179 Berlin-Mitte

Telefon +49(0) 30/62980-0

E-Mail: [kontakt@deutscher-verein.de](mailto:kontakt@deutscher-verein.de)

Telefax +49(0) 30/62980-150

Internet: [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutscher Verein für  
öffentliche und private  
Fürsorge e.V.